

„Islamische Parteien auch in Österreich“

Bei vielen Protesten in Europa gegen den Gaza-Krieg traten muslimische Gruppen in Aktion. Im Gespräch mit den OÖN geht der Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger der Frage nach: Wie steht es um den politischen Islam in Europa und in Österreich?

VON HEINZ NIEDERLEITNER

OÖN: Unter den Organisatoren der Proteste in Europa gegen den Krieg Israels im Gaza-Streifen waren auch islamisch-religiöse Gruppen vertreten. Ist das ein Zeichen eines starken politischen Islam?

SCHMIDINGER: So groß die Demonstrationen auch waren, handelt es sich hier doch nur um eine lautstarke Minderheit der Migranten mit muslimischem Hintergrund. Das Problem ist, dass islamisch-religiöse Organisationen diese Demonstrationen mitveranstalten. Der nicht mobilisierten Mehrheit der Muslime fehlt die Stimme in der Öffentlichkeit.

OÖN: Die EU kann im Gaza-Streifen kaum helfen, ohne mit der Terrororganisation angesehenen islamistischen Hamas zu sprechen. Wie soll Europa damit umgehen?

SCHMIDINGER: Man spricht ja de facto bereits jetzt mit der Hamas, gibt es aber offiziell nicht zu. Die Hamas ist eine Terrororganisation. Sie hat aber im Gaza-Streifen eine Massenbasis. Ob uns das gefällt oder nicht, man wird sich mit ihr auseinandersetzen müssen. Man sollte aber sehr entschieden eine Anerkennung des Existenzrechtes Israels für Zugeständnisse verlangen.

OÖN: Sind gemäßigte islamische Kräfte wie die türkische Regierungspartei AKP eine Chance für eine demokratische Entwicklung im politischen Islam?

SCHMIDINGER: Es ist eine Realität, dass in islamisch dominierten Gesellschaften viele Menschen eine religiös ausgerichtete Politik wollen. Ich sehe eine Chance, dass eine Partei wie die AKP ähnlich wie die Christdemokratie in Europa vor 100 Jahren durch Einbindung in ein parlamentarisches System gezähmt wer-

den kann. Das ist aber auch ein gefährlicher Prozess. Die Frage ist: Wer ist gemäßigt und wer nicht? Diese Bruchlinien gehen quer durch die Parteien.

OÖN: Welchen Stellenwert hat der politische Islam in Europa?

SCHMIDINGER: Zunächst gibt es zahlenmäßig geringe, aber lautstarke Akteure, die teilweise zum radikalsten Spektrum des politischen Islam zählen. Darunter sind nicht nur Migranten, sondern auch europäische Konvertiten. Innerhalb der Migrantengemeinden sind viele Strömungen des politischen Islam in Österreich mit den Herkunftsländern verbunden. Die jüngere Generation verfolgt aber zunehmend auch eine Agenda in Österreich. Das sieht man an den ersten Kandidaturen von islamischen Listen, z.B. bei der niederösterreichischen Landtagswahl oder bei Arbeiterkammerwahlen.

„Wenn es eine Partei wie ‚Die Christen‘ gibt, spricht nichts dagegen, dass auch islamische Parteien bei Nationalratswahlen in Österreich antreten.“

OÖN: Wie soll man damit umgehen?

SCHMIDINGER: Hier gilt es zu unterscheiden zwischen Leuten, die eine islamische Politik innerhalb der Verfassung propagieren, und solchen, die darüber hinausgehen. Bis zu einem bestimmten Grad ist es legitim, religiöse Politik zu betreiben. Wenn es in Österreich eine Partei wie „Die Christen“ gibt, spricht nichts dagegen, dass auch eine islamische Partei bei Nationalratswahlen antritt. Langfristig wird das so sein. Da bin ich mir ziemlich sicher.

OÖN: Österreich stellt sich immer als Vorreiter im Umgang mit dem Islam vor. Ist das österreichische Modell mit der organisierten Islamischen Glaubensgemeinschaft ein Vorbild?

SCHMIDINGER: Man gibt sich da einer Illusion hin. Ich bin für eine Gleichstel-



Von europäischen Staaten, wo lange schon Muslime leben, kann man etwas lernen, sagt Schmidinger

Fotos: rts, nie (2)

lung der Religionen in einem religionsneutralen Staat. Aber muss man beim Islam wirklich eine kirchliche Struktur nachahmen und dann so tun, als sei diese Struktur der Repräsentant aller Muslime im Land? Das ist die Islamische Glaubensgemeinschaft nämlich nicht. Sie ist ein Vertretungskörper, der für die österreichische Politik und die Nichtmuslime wesentlich wichtiger ist als für die Muslime selbst. Im Islam gibt es genauso viele Strömungen wie im Christentum. Die Mehrheit der Muslime hat mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft bestenfalls in der Person des Religionslehrers

Kontakt. Die Frage ist auch, wer sind die Akteure in der Islamischen Glaubensgemeinschaft. Das sind keineswegs immer nur die liberalsten und demokratischsten Kräfte, sondern es sind auch sehr konservative Akteure dabei.

OÖN: In der Debatte um den Bau von Moscheen mit Minaretten heißt es einerseits, das sei ein Zeichen von Integration. Andere sehen sie als mögliche Horte des Islamismus. Was sagen Sie?

SCHMIDINGER: Mir persönlich ist eine repräsentative Moschee lieber als eine Vielzahl kleiner Hinterhofmoscheen. Dort weiß ich eher, was passiert, weil es

die Möglichkeit gibt, dort hinzugehen. Das heißt nicht, dass die Hinterhofmoscheen alle islamistisch wären. Es gibt zudem keine Handhabe, Moscheen, die wie Moscheen aussehen, zu verhindern. Das ist auch gut so. Solche Moscheen wird es geben, weil die Muslime in Österreich eine wachsende Religionsgemeinschaft sind.

OÖN: Oft wird übersehen, dass in Europa seit Jahrhunderten Muslime leben, zum Beispiel in Bosnien. Kann man aus den Erfahrungen in diesen Ländern nicht etwas lernen?

SCHMIDINGER: Ich denke schon. Zum Beispiel kann man einen relativ unbefan-

genen Umgang miteinander lernen. Ich möchte keine Konflikte leugnen, die es in der Geschichte auch gegeben hat. Aber ich kenne zum Beispiel Albanien ganz gut. Da ist es völlig normal, dass man über Konfessionen hinweg heiratet – auch muslimische Mädchen christliche Burschen, was sonst eigentlich nur anders herum vorgesehen ist. Und es ist völlig normal, dass verschiedene Konfessionen die Feiertage gemeinsam feiern. Man kann lernen, dass das Zusammenleben an einem Ort wichtiger ist als der konfessionelle Unterschied, und dass es auch Dinge gibt, die uns verbinden.

HINTERGRUND

Proteste in Europa

In Europa wurde der Protest gegen israelische Angriffe im Gaza-Streifen von sehr verschiedenen Organisationen getragen, darunter Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und politische Parteien. An den Protesten nahmen aber auch viele islamische Organisationen teil. In Mailand beteten 5000 Muslime am Platz vor dem Dom und verbrannten israelische Fahnen – Ähnliches geschah auch in Rom.

Die Muslimische Partei Frankreichs rief zu Protesten für das Tragen des Schleiers und ein „befreites Gaza“ auf. Frankreich reagierte besonders sensibel:

Dort leben sowohl die größte muslimische als auch die größte jüdische Gemeinde Europas. Seit Jahresbeginn kam es vermehrt zu Angriffen auf jüdische Einrichtungen.

Einem Protestaufruf der islamistischen Gemeinschaft Milli Görüs im deutschen Duisburg folgten 10.000 Demonstranten. Milli Görüs wird vom deutschen Verfassungsschutz überwacht.

Die französische Regierung, aber auch gemäßigte Demonstranten riefen dazu auf, dass der Gaza-Krieg nicht zur Konfrontation von Juden und Muslimen in Europa führen dürfe.

Zur Person: Thomas Schmidinger

Thomas Schmidinger ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politischer Islam und Mittlerer Osten. Er ist Mitbegründer der im Irak tätigen Hilfsorganisation LEEZA und Beirat des österreichisch-irakischen Freundschaftskomitees. Zusammen mit Dunja Larise hat er das Buch „Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam“ herausgegeben. Im Zentrum steht der politische Islam in Österreich. Die Auseinandersetzung mit der offiziellen Islamischen Glaubensgemeinschaft ist kritisch.



Gebet bei Protesten gegen den Gaza-Krieg in Rom